

PROTOKOLL
über die
GEMEINDERATSSITZUNG

am: 09. November 2005
Schlossparkhalle, Untergeschoß („Stüberl“)
3001 Mauerbach,
Hauptstraße 248

Beginn: 19.30 Uhr
Ende: 22.00 Uhr

Anwesend: Bürgermeister Gottfried Jelinek (als Vorsitzender)
Vizebürgermeister KR Ing. Alfred Graf

GR Stefanie Steuerer
GGR Mag. Sigurd Meixner
GGR Kurt Langschwert
GR Leopold Dutzler
GR. Ing. Wolfgang Gratzner
GR Monika Nepelius
GR Johann Wöginger

GR Ing. Gerhard Stitzle
GR Elfriede Auer
UGR Erwin Hackl
GR Harald Prenner

GGR Rosa Pitterle
GR Mag. Walter Wurmitzer
GR Dr. Hans Jedliczka
GR Alfred Bannauer
GR Peter Buchner
GR Matthias Pilter

GR Ursula Prader
GR Mag. Tilman Brandl

Entschuldigt: GGR DI Monika Iordanopoulos-Kisser, GR Klaus Fröhlich

Die Einladung sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates ist ausgewiesen.
Der Gemeinderat zählt 23 Mitglieder, davon sind 21 anwesend, die Sitzung ist daher
beschlussfähig.

Außerdem sind 7 Zuhörer anwesend.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Gottfried Jelinek, begrüßt die Anwesenden und stellt fest,
dass die heutige Sitzung beschlussfähig ist.

Er begrüßt auch die Zuhörer.

Tagesordnung:

I. öffentlicher Teil

- I/1 Bericht des Bürgermeisters
- I/2 Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende
- I/3 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 14.9.2005
- I/4 Bericht – Prüfungsausschuss vom 24.10.2005
- I/5 Beschluss – Stromvertrag
- I/6 Beschluss – Gasvertrag
- I/7 Beschluss – Vergabe Winterdienst
- I/8 Beschluss – Verordnung Gebrauchsabgabe
- I/9 Beschluss – Änderung Übernahme des Kostenanteils der Marktgemeinde Mauerbach für das Projekt „Retentionsbecken Einsiedelei, 3001 Mauerbach
- I/10 Beschluss – Resolution FAIRTRADE

II. Dringlichkeitsanträge

III. nicht öffentlicher Teil

- III/1 Personalangelegenheiten

Vor Eingehen in die Tagesordnung bringt Bgm Jelinek zwei Dringlichkeitsanträge zur Kenntnis:

Der Dringlichkeitsantrag der SPÖ Mauerbach, der Liste Jelinek und der Grünen Plattform betreffend Absichtserklärung Verlegung des Sitzes des Biosphärenpark Wienerwald Managements nach Mauerbach wird **einstimmig** unter **Punkt II/1** in den **öffentlichen Teil** der Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage B diesem Protokoll angeschlossen.

Der Dringlichkeitsantrag von Bgm Jelinek betreffend nachträgliche Änderung des Protokolls vom 29.06.2005 wird **einstimmig** unter **Punkt II/2** in den **öffentlichen Teil** der Tagesordnung aufgenommen. Der Dringlichkeitsantrag ist als Beilage C diesem Protokoll angeschlossen.

Die nunmehrige Tagesordnung lautet:

I. öffentlicher Teil

- I/1 Bericht des Bürgermeisters
- I/2 Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende
- I/3 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 14.9.2005
- I/4 Bericht – Prüfungsausschuss vom 24.10.2005
- I/5 Beschluss – Stromvertrag
- I/6 Beschluss – Gasvertrag
- I/7 Beschluss – Vergabe Winterdienst
- I/8 Beschluss – Verordnung Gebrauchsabgabe
- I/9 Beschluss – Änderung Übernahme des Kostenanteils der Marktgemeinde Mauerbach für das Projekt „Retentionsbecken Einsiedelei, 3001 Mauerbach
- I/10 Beschluss – Resolution FAIRTRADE

II. Dringlichkeitsanträge

- II/1 Absichtserklärung Verlegung des Sitzes des Biosphärenpark-Wienerwald-Managements nach Mauerbach
- II/2 Nachträgliche Änderung des Protokolls vom 29.06.2005

III. nicht öffentlicher Teil

- III/1 Personalangelegenheiten

I/1 Bericht des Bürgermeisters

Dieser Bericht wurde (laut GR-Beschluss 21.9.1994) allen Gemeinderäten gemeinsam mit der Einladung zu dieser Sitzung übermittelt (siehe Beilage A).

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

I/2 Anfragen an den Bürgermeister und Ausschussvorsitzende

GGR Pitterle erkundigt sich nach neuen Erkenntnissen bezüglich der Postgarage und urgiert wieder die Einbindung und das Mitspracherecht der bereits beschlossenen Arbeitsgruppe. Bgm Jelinek erklärt, dass die Vorgespräche noch im Laufen sind, sobald Konkretes vorliegt, wird die Angelegenheit im Gemeinderat behandelt werden.

Betreffend Zu- und Umbau der Volksschule Mauerbach berichtet GR Stitzle, dass seitens des Landes die Abrechnungen eingesehen und mit der Kommunalkredit überprüft wurden. Da es keine Beanstandungen gibt, wurde die Kommunalkredit nun aufgefordert, eine Schlussrechnung zu erstellen und diese abschließend dem Baubeirat vorzulegen. Somit können auch die Förderungen für die Einrichtung der Schule beantragt werden.

GR Pilter erkundigt sich, beziehend auf seine Dringlichkeitsanträge in der vorhergehenden Gemeinderatssitzung, bei GR Prenner, wann die Markierungen für die Busstation vor der Volksschule erneuert werden und eine Lösung für die Parkplatzsituation vor dem Kindergarten in Angriff genommen wird. GR Prenner erklärt, dass die Angelegenheiten im Ausschuss für Tiefbau und Kommunal besprochen wurden. Die Situation beim Kindergarten wird ein Thema des Ausschusses für 2006. Die Sinnhaftigkeit der Erneuerung der Markierungen wird in Frage gestellt, da die Umgestaltung dieses Bereichs der Hauptstraße hinsichtlich einer Busbucht als Projekt vorliegt und demnächst in Angriff genommen wird. GR Prenner schlägt letztlich vor, die Markierungen der Busstation vor der Volksschule im Zuge der Herstellung der Markierungen im Bereich Kreuzbrunn erneuern zu lassen.

UGR Hackl fragt an, ob betreffend Trafik-Kiosk Steinbachstraße neue Informationen vorliegen. OSekr. Mayer berichtet, dass Notar Fuchs beauftragt ist; es liegt noch kein Ergebnis vor, eine baldige Lösung wird erwartet.

I/3 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 14.09.2005

Antrag von GGR Meixner, das Protokoll vom 14.09.2005 ohne Verlesung zu genehmigen

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 4 Enthaltungen (GR Steurer, GR Auer, GR Stitzle, GR Jedliczka)

I/4 Bericht – Prüfungsausschuss vom 24.9.2005

GR Auer verliest das Protokoll der Sitzung des Prüfungsausschusses vom 24.09.2005 und die Stellungnahme des Bürgermeisters.

GGR Langschwert bringt seine Stellungnahme zur Kenntnis und erklärt, dass das Angebot von der Firma Wagenhofer & Partner bereits am 09.12.2002 vorgelegen ist. Darin sind 3 Punkte angeboten:

- Ist-Analyse
- Realisierung der Einsparungspotentiale (Umsetzungsphase)
- Begleitendes Finanzmanagement

Dieses Angebot wurde am 12.12.2002 im Gemeindevorstand beschlossen. Der Dringlichkeitsantrag der ÖVP in der Gemeinderatssitzung vom 19.12.2002 betreffend Aufhebung des Gemeindevorstandsbeschlusses wurde damals abgelehnt, somit erfolgte am 20.12.2002 die Beauftragung der Firma Wagenhofer & Partner.

Die Höhe der Einsparung wird schriftlich nachgereicht.

GR Prenner erklärt, dass in den Protokollen nachzulesen ist, welche Straßenzüge 2005 saniert wurden. Die Stellungnahme von Ing. Zartler ist als Beilage D diesem Protokoll beigelegt.

Die Hallenbenützung durch den Hort ist im Hortvertrag geregelt.

I/5 Beschluss – Stromvertrag

Es sind vier Angebote eingelangt. Eine Übersicht der Angebote ist als Beilage E diesem Protokoll beigelegt.

GGR Langschwert schlägt vor, als Klimabündnisgemeinde der Fa. Ökostrom den Vorzug zu geben. Diesen Vorschlag kann GR Prader nur unterstützen und erklärt, dass im Gegensatz zu anderen Stromanbietern bei Ökostrom ein gleichbleibendes Preisniveau in den nächsten zwei Jahren zu erwarten ist.

Bgm Jelinek ersucht, die Übernahme der Spesen der Umschreibung vertraglich festzuhalten.

Antrag von GGR Langschwert, der Gemeinderat möge die Fa. Ökostrom mit der Stromlieferung ab 1.1.2006 beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 2 Enthaltungen (Bgm Jelinek, GR Prenner)

Betreffend Strombezug in Hainbuch konnte mit der EVN ein neuer Rabatt ausverhandelt werden.

Antrag von GGR Langschwert, der Gemeinderat möge weiterhin die EVN mit der Stromlieferung in Hainbuch beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 1 Enthaltung (GR Brandl)

I/6 Beschluss – Gasvertrag

Es sind vier Angebote eingelangt. Eine Übersicht der Angebote ist als Beilage E diesem Protokoll beigelegt.

20.33 Uhr Vbgm Graf verlässt das Sitzungszimmer.

Antrag von GGR Langschwert, der Gemeinderat möge die EVN als Billigstbieter mit der Gaslieferung beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/7 Beschluss – Vergabe Winterdienst

Seit April dieses Jahres befasst sich der Ausschuss für Infrastruktur mit dem Thema Winterdienst. Im Juli 2005 wurde dann erstmals der Winterdienst für die Saison 2005/2006 ausgeschrieben. Nach Sichtung der eingegangenen Angebote wurde die Ausschreibung mangels zufriedenstellender Lösungen wiederholt und zusätzlich auch noch in den Amtsblättern der Bezirkshauptmannschaften Wien-Umgebung und Tulln sowie in der Gemeindezeitung veröffentlicht.

20.36 Uhr Vbgm Graf nimmt wieder an der Sitzung teil.

In der Ausschusssitzung vom 12.10.2005 wurden nun alle vorliegenden Angebote gesichtet und danach der Entschluss gefasst, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Fa. Herold mit dem Winterdienst zu beauftragen. Die Kosten betragen € 11.000,-- für die Bereitstellung der Geräte und € 45,-- pro Einsatzstunde.

Folgende Angebote gingen ein: Fa. Herold aus Mauerbach, Fa. Bromberger Schneeservice aus 1030 Wien, Fa. Maschinenring aus Neulengbach.

Absagen bzw. keine Reaktion auf die Angebotseinladung: Fa. Wiesmaier aus Hintersdorf, Fa. Eigner-Rothbauer aus Tulbing, Fa. Grasl aus Tullnerbach.

GGR Langschwert kritisiert, dass bisher keine Bereitstellungsgebühren zu bezahlen waren und diese den Winterdienst budgetär zusätzlich belasten. GR Nepelius erklärt, dass die meisten Firmen nur gegen eine Bereitstellungsgebühr einen Auftrag annehmen.

Bgm Jelinek ersucht, die Kehrung rechtzeitig, gegebenenfalls mit einem vorweg angenommenen Datum im März 2006, zu beauftragen.

Dies ist auch schon Thema im Ausschuss für Infrastruktur.

Antrag von GR Jedliczka, der Gemeinderat möge die Fa. Herold zu einem Preis von € 11.000,-/Bereitstellungsgebühr zuzüglich € 45,- /Einsatzstunde für den Winterdienst 2005/2006 beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/8 Beschluss – Verordnung Gebrauchsabgabe

GGR Langschwert bringt einen Verordnungsentwurf des Amtes der NÖ Landesregierung zur Kenntnis. Zukünftig soll für alle Einbauten – mit Ausnahme der Telekommunikation, Kabel-TV und Leerverrohrungen – eine Gebrauchsabgabe in der Höhe von € 25,40 pro angefangener 100 Laufmeter eingehoben werden.

GR Bannauer erkundigt sich nach den Kosten, die für die Gemeindebürger dadurch entstehen.

GGR Langschwert erklärt, dass die Einbautenträger die entstandenen Kosten an die Endverbraucher weiterverrechnen könnten. Da anzunehmen ist, dass alle Gemeinden eine ähnliche Verordnung erlassen, müssen die Endverbraucher auch wenn Mauerbach keine Gebrauchsabgabe verlangt trotzdem mit Mehrkosten rechnen.

Da noch keine tatsächlichen Längen bekannt sind, kann die Gesamthöhe der Gebrauchsabgabe noch nicht genannt werden.

Antrag von GGR Langschwert, folgende Verordnung zu beschließen:

Verordnung über die Einhebung einer Gebrauchsabgabe

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Mauerbach hat in seiner Sitzung am 9.11.2005 für den über den widmungsmäßigen Zweck hinausgehenden Gebrauch von öffentlichem Grund in der Gemeinde die Einhebung einer Gebrauchsabgabe nach den Bestimmungen des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973 in der derzeit geltenden Fassung der 4. Novelle (LGBl. 3700-4) wie folgt beschlossen:

Die Gebrauchsabgabe ist von allen Gebrauchsarten der Tarife A und B des NÖ Gebrauchsabgabegesetzes 1973 mit den dort angeführten Höchstsätzen zu entrichten.

Die Verordnung tritt am 1. Jänner 2006 in Kraft.

Alle bisher erlassenen Verordnungen betreffend die Einhebung einer Gebrauchsabgabe treten mit Wirksamkeit dieser Verordnung außer Kraft.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 1 Gegenstimme (GR Wurmitzer)

I/9 Beschluss – Änderung Übernahme des Kostenanteils der Marktgemeinde Mauerbach für das Projekt „Retentionsbecken Einsiedelei, 3001 Mauerbach“

GR Prenner bringt ein Schreiben der NÖ Landesregierung, Abteilung WA 3, zur Kenntnis, in welchem erklärt wird, dass der Aufteilungsschlüssel betreffend Finanzierung des Retentionsbeckens Einsiedelei am Mauerbach geändert wird. Der Bund übernimmt statt 50% nur 48% der Kosten, da seinerzeit Gebäude im hochwassergefährdeten Gebiet durch die Marktgemeinde Mauerbach genehmigt wurden. Die Differenz ist zu gleichen Teilen vom Land und von der Gemeinde zu übernehmen. Die Mehrkosten für die Gemeinde betragen € 16.000,--

GGR Langschwert berichtet weiters, dass sich der finanzielle Gesamtaufwand für das Retentionsbecken Einsiedelei aufgrund der derzeit vorliegenden Kalkulationen erhöht hat und die seinerzeit gebildeten Rücklagen nun bereits für das eine Retentionsbecken beinahe vollständig aufgebraucht werden.

Antrag von GR Prenner, der Gemeinderat möge nachstehenden Wortlaut beschließen:

1. Die Marktgemeinde Mauerbach stimmt dem Bauvorhaben „**Mauerbach in Mauerbach, Rückhaltebecken**“ zu.
2. Die Marktgemeinde Mauerbach, die Bauherr der Maßnahme ist, ersucht die Abteilung Wasserbau des Amtes der NÖ Landesregierung, bei der Durchführung dieser Maßnahme die Bauleitung zu übernehmen und ermächtigt die Abteilung Wasserbau, alle für diese Maßnahme notwendigen Verhandlungen und Regelungen einvernehmlich mit der Marktgemeinde Mauerbach und in deren Namen durchzuführen.
3. Die Marktgemeinde Mauerbach anerkennt das veranschlagte Erfordernis der Maßnahme mit € 1.600.000,--
und verpflichtet sich zur Leistung eines Interessentenbeitrages im Ausmaß
von € 256.000,--
Für allfällige Mehrkosten bis zum Ausmaß von 10 % der Gesamtbaukosten verpflichtet sich die Marktgemeinde von vornherein zur Übernahme des anteiligen Interessentenbeitrages.
4. Die Marktgemeinde Mauerbach nimmt den gemeinsam mit der Abteilung Wasserbau erstellten Finanzierungsplan zur Kenntnis und ist in der Lage, die erforderlichen Interessentengelder aufzubringen.
5. Die Marktgemeinde Mauerbach verpflichtet sich, die hergestellten Anlagen nach deren Fertigstellung in die laufende Erhaltung zu übernehmen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/10 Beschluss – Resolution FAIRTRADE

GR Prader berichtet, dass FAIRTRADE-Produkte ohne Ausbeutung von Arbeitskräften und ohne übermäßigen Einsatz von Chemie erzeugte Produkte wie z.B. Kaffee, Tee, Schokolade aber auch Blumen sind. Sie werden unter anderem auch von Spar, Billa und Zielpunkt geführt. Die Mehrkosten sind wenn überhaupt nur gering. GR Prader ersucht um die Zustimmung, da die Gemeinde eine Vorbildwirkung hätte.

GGR Meixner regt an, eine Absichtserklärung zu beschließen unter Bedachtnahme, vorwiegend österreichische Produkte von FAIRTRADE zu berücksichtigen.

21.20 Uhr GR Dutzler, GR Stitzle und GR Buchner verlassen das Sitzungszimmer.

Antrag von GR Prader, der Gemeinderat möge die Absichtserklärung beschließen, bei Beschaffung durch die Gemeinde Produkte mit dem FAIRTRADE Gütesiegel im Sinne einer Vorbildwirkung zu berücksichtigen. Dabei sollen österreichische Produkte, die im Sinne des FAIRTRADE Gedanken produziert werden, bevorzugt werden.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 1 Enthaltung (GR Nepelius)

21.23 Uhr GR Dutzler, GR Stitzle und GR Buchner nehmen wieder an der Sitzung teil.

II. Dringlichkeitsanträge

II/1 Absichtserklärung Verlegung des Sitzes des Biosphärenpark-Wienerwald-Managements nach Mauerbach

UGR Hackl erklärt, dass sich der Sitz des Biosphärenparkmanagements derzeit in Laxenburg befindet. Es sind jedoch Bestrebungen im Gang, diesen Sitz und das zukünftige Biosphärenparkzentrum direkt in das Biosphärenparkgebiet zu verlegen. Mehrere Nachbargemeinden haben sich daher bereits beworben, den Standort auf das eigene Gemeindegebiet zu bekommen.

Anscheinend prüft das Management derzeit selbst die Möglichkeit, den Standort in den Bereich der Kartause Mauerbach zu verlegen.

UGR Hackl ersucht daher, die Absichtserklärung zu beschließen, dass die Marktgemeinde Mauerbach das Management unterstützt, den Sitz nach Mauerbach zu verlegen. GR Brandl regt an, um die Chancen zu erhöhen ein detailliertes Angebot an das Biosphärenparkmanagement zu stellen.

GR Buchner ergänzt, dass das Management mit der Problemlösung der Anrainer mit dem Biosphärenpark beauftragt werden kann.

Antrag von UGR Hackl, der Gemeinderat möge die Absichtserklärung beschließen, alles zu unternehmen, dass der Sitz des Biosphärenpark-Wienerwald-Managements von Laxenburg nach Mauerbach verlegt wird.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

II/2 Nachträgliche Änderung des Protokolls vom 29.06.2005

Im Zuge der Gebarungsprüfung wurde festgestellt, dass ein Halbsatz in das Gemeinderatsprotokoll vom 29.06.2005, TOP I/7 und I/8, fehlerhaft aufgenommen wurde.

Antrag von Bgm Jelinek, der Gemeinderat möge die nachträgliche Änderung des Protokolls der Sitzung des Gemeinderates am 29.6.2005 genehmigen.

Die TOP I/7 und I/8 lauten nunmehr:

I/7 Beschluss – Darlehensaufnahme Friedhof

Für die Darlehensaufnahme über € 80.000,-- mit der Laufzeit über 15 Jahre wurden 8 Banken angeschrieben ein Anbot zu legen. GGR Langschwert bringt die Konditionen der eingelangten Angebote zur Kenntnis.

Bestbieter ist die PSK mit derzeit 2,214 % , an zweiter Stelle die Kommunalkredit mit 2,227 % und die Bank Burgenland mit 2,25 % , jeweils gebunden an den 6-Monats Euribor. Bei allen drei Instituten werden keine weiteren Spesen verrechnet. Die weitere Reihung wäre die Hypo NÖ, die Erste Bank, Bank Austria , Raiffeisenbank und Volksbank.

GR Wurmitzer fragt an, ob die Darlehensaufnahme im Budget vorgesehen ist, was GGR Langschwert bestätigt.

Antrag von GGR Langschwert, die PSK als Bestbieter für die Finanzierung des Projektes Friedhof über € 80.000,--, Laufzeit 15 Jahre, zu beauftragen.

Zur Abstimmung befindet sich GR Prader nicht im Sitzungsraum.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

I/8 Beschluss – Darlehensaufnahme Straßenbau

Für die Darlehensaufnahme über € 250.000,-- mit der Laufzeit über 10 Jahre wurden 8 Banken angeschrieben ein Anbot zu legen. GGR Langschwert bringt die Konditionen der eingelangten Angebote zur Kenntnis.

Bestbieter ist die PSK mit derzeit 2,214 % , an zweiter Stelle die Kommunalkredit mit 2,227 % und die Bank Burgenland mit 2,25 % , jeweils gebunden an den 6-Monats Euribor. Bei allen drei Instituten werden keine weiteren Spesen verrechnet. Die weitere Reihung wäre die Hypo NÖ, die Erste Bank, Bank Austria , Raiffeisenbank und Volksbank.

Von den € 250.000,-- werden € 100.000,-- von der NÖ Landesregierung mittels Finanzlandessonderaktion in der Höhe von 3 % gefördert.

Antrag von GGR Langschwert, die PSK als Bestbieter für das Projekt Straßenbau über € 250.000,--, Laufzeit 10 Jahre, zu beauftragen.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Beschluss: Der Antrag wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 2 Gegenstimmen (GGR Pitterle, GR Pilter)
4 Enthaltungen (GR Wurmitzer, GR Jedliczka, GR Buchner,
GR Bannauer)

Ende öffentlicher Teil um 21.43 Uhr.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.